

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Juni 2017

Nr. 06 · 13. Jahrgang

DIE LINKE: Sozial gerecht, für alle!

Nicht nur am 1. Mai macht DIE LINKE Druck für gute Arbeit, höhere Rente und Umverteilung des Reichtums

Im Jahr der Bundestagswahl hatten die zahlreichen Demonstrationen zum 1. Mai eine besondere Bedeutung. Denn bei der Bundestagswahl 2017 entscheiden wir auch über die Grundlagen der Demokratie. Ein Regierungswechsel allein genügt nicht. Als LINKE kämpfen wir für einen Politikwechsel hin zu sozialer Gerechtigkeit und konsequenter Friedenspolitik:

Jeder muss vom Lohn und der Rente leben können. Wir kämpfen für einen Mindestlohn von 12 Euro und eine Mindestrente von 1.050 Euro. Mit unserem Rentenkonzept hat eine Durchschnittsverdienerin mit einem Bruttolohn von 1.940 später monatlich rund 270 Euro mehr Rente.

Gute statt prekäre Arbeit: sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit müssen abgeschafft und Minijobs in sozial abgesicherte Beschäftigung überführt werden.

Statt den menschenunwürdigen Sanktionen gegen Erwerbslose braucht es eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro und eine längere Bezugsdauer des ALG-II! Multi-Millionäre zur Kasse: Wir wollen eine Vermögenssteuer für Multi-Millionäre und mit den Einnahmen dringende Investitionen in Schulen und Kitas, mehr Personal in Bildung, Gesundheitsversorgung

und Pflege sowie in dauerhaft bezahlbare Wohnungen im sozialen Wohnungsbau finanzieren.

Mieten senken: In Gebieten, in denen Mieten stark gestiegen sind, müssen Mieterhöhungen verboten und die Mieten auf eine Obergrenze von 8,50 Euro gekappt werden.

In Zeiten globaler Krisen und Fluchtbewegungen braucht es Abrüstung statt Waf-fenexporte und Milliarden-Aufrüstung für die NATO! Es kommt auf jede und jeden von uns an. Gemeinsam können wir Druck machen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit, für Frieden und für Alternativen zum Kapitalismus.



„In dieser Republik darf kein Kind arm sein“

Gedanken zum Internationalen Kindertag am 1. Juni 2017

Der Kindertag geht zurück auf die „Weltkonferenz für das Wohlergehen der Kinder“ im August 1925, zu welcher 54 Vertreter verschiedener Staaten zusammenkamen und die Genfer Erklärung zum Schutze der Kinder verabschiedeten. Im Anschluss an die Konferenz führten viele Regierungen einen Kindertag ein.

Im November 1949 tagte die IDFF (Internationale Demokratische Frauenföderation) in Moskau und legte den 1. Juni als jährlich stattfindenden internationalen Kindertag fest. Im Januar 1950 schloss sich der Weltbund der Demokratischen Jugend dieser Idee an, und am 1. Juni 1950 fand dann der erste internationale Tag des Kindes statt. Der „Internationale Kindertag“ wird in „unseren Breiten“ am 1. Juni gefeiert, da in der DDR bereits 1950 der 1. Juni zum „Internationalen Kindertag“ erkoren wurde.

Und landauf und landab erklang damals in der DDR das Lied „Kleine weiße Friedenstaube“ – ein Kinderlied, das an den Charakter des „Internationalen Kindertages“ als Fest für Kinderrechte erinnerte.

Neben einer Ausrichtung als Gedenk- und Ehrentag für Kinder wird der Kindertag heute häufig auch als Aktionstag mit politischen Themen und Pressemitteilungen begangen. Ziel sollte sein, weltweit auf die Kinderrechte, den Kinderschutz und allgemein auf die Kinderpolitik aufmerksam zu machen.

„In dieser Republik darf kein Kind arm sein“, erklärte z. B. der Potsdamer Bundestagsabgeordnete Norbert Müller, DIE LINKE, vor dem Bundestag. „Bis zu 2,9 Millionen Kinder in Deutschland sind arm, 1,9 Millionen davon leben in Grundsicherung, und mehr als die Hälfte von ihnen wohnt

in Haushalten von Alleinerziehenden.“

Deshalb fordere DIE LINKE, so Norbert Müller, eine deutliche Anhebung des Kindergeldes auf 328 Euro und eine grundlegende Neuberechnung der Kinderregelsätze im Hartz-IV-Bezug. Damit Bildung und Lebenschancen nicht mehr vom Gelbbeutel der Eltern abhängen und eine gleichberechtigte Förderung aller Kinder von Anfang an gewährleistet werden kann, braucht es außerdem einen deutlichen Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe, sowie die konsequente Durchsetzung des Rechts auf kostenfreie Bildung.

„Kleine weiße Friedenstaube“ - unsere Kinder sollten dieses Lied viel öfter singen – gerade in der heutigen Zeit. **In diesem Sinne wünschen wir allen Kindern einen schönen, erlebnisreichen Kindertag.**

Bernd Martin

Mit Volldampf an die Aufgaben

In einer großen Tageszeitung der Stadt stand über dem Bericht der Wahlmitgliederversammlung der LINKEN. Potsdam etwas von einem „Dämpfer für die neue Doppelspitze“.

Ja, es gab in der letzten Zeit einen kleinen Trend zur Selbstbeschäftigung in der Kreisparteiorganisation. Neben großem Engagement und vielen guten Ideen „menschelte“ es auch – sprich: Vorwürfe, Misstrauen und mangelndes Einfühlungsvermögen traten hier und da auf. Aber war und ist das die wichtigste Erkenntnis aus dieser Versammlung?

Der aus familiären Gründen scheidende Kreisvorsitzende Sascha Krämer betonte – bei allen „Problemen“ – deshalb: „DIE LINKE ist aus Potsdam nicht wegzudenken. Sie hat einen maßgebenden Anteil an der Entwicklung der Stadt, und sie ist das Korrektiv zu einer Politik, die scheinbar nur die historische Mitte kennt.“ Und er unterstrich, dass sich „Kreisvorstand und Stadtfraktion in ihrer Arbeit mit und für die PotsdamerInnen gut ergänzen“.

Dass auf einer Mitgliederversammlung gestritten wird, das sollte doch eigentlich positiv bewertet werden, meine ich. Und schließlich zeigten auch die Wahlergebnisse der einzelnen VorständlerInnen, dass nach Streit wieder Vernunft und Sachlichkeit eingekehrt sind. Mit dem neuen Vorstand hat sich DIE LINKE in unserer Stadt ein arbeitsfähiges Gremium geschaffen, das nun an solche Aufgaben wie den Bundestagswahlkampf gehen wird – nicht mit einem „Dämpfer“ sondern mit Volldampf. Das war mein Fazit des langen Tages im Humboldt-gymnasium. -bm

Informationen der Redaktion

Die PaS-Ausgabe für den Juli erscheint am 4. Juli.
Redaktionsschluss ist am 20. Juni 2017.
Die Redaktion

Madrid beseitigt Nazi-Reste der „Legion Condor“

Das städtische Friedhofsunternehmen von Madrid hat am Vorabend des 80. Jahrestages der Bombardierung von Gernika im April 2017 die Beseitigung der letzten Spuren der Legion Condor auf dem Friedhof La Almudena auf Wunsch der deutschen Botschaft angeordnet. Bis vor wenigen Tagen noch bestand dort ein Ehrenmal für diese faschistische Einheit und die sieben

dort bestatteten Piloten. Jetzt wurde diese Gedenkmauer abgebaut und es gibt nur noch kleine Plaketten mit den Namen der Bestatteten an den Gräbern.

Vorher hieß es auf Spanisch an dieser Wand: „Hier ruhen deutsche Piloten, gefallen im Kampf für ein freies Spanien. Deutsche Flieger, gestorben für Gott und für Spanien. Bereit!“ (FOTO)

Der Abbau entspricht der Absicht des neuen Friedhofunternehmens, Spuren des Totalitarismus zu beseitigen, und dem ausdrücklichen Wunsch der deutschen Botschaft.

Der Verein „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939“ (KFSR) nimmt diese Aktivität der deutschen Botschaft und seine Umsetzung anerkennend zur Kenntnis. Jedoch fordert er auch weiterhin, dass die Traditionspflege der Bundeswehr im Zusammenhang mit Mitgliedern der Legion Condor vollständig einge-

stellt wird. Die Bundesregierung fordern die Mitglieder und Sympathisanten des KFSR 1936-1939 e.V. auf, die deutsche Verantwortung für die Bombardierung Gernikas und die Unterstützung der Putschisten unter General Franco im spanischen Krieg und die Bombardierung Gernikas als deutsches Kriegsverbrechen vorbehaltlos anzuerkennen. Beseitigt werden müssen alle noch gültigen diskriminierenden Verordnungen und Maßnahmen gegen die ehemalige Angehörigen der Internationalen Brigaden (auch Nichtdeutsche) aufgrund ihrer Beteiligung an den Brigaden im Spanischen Krieg 1936-1939. Sie sind zu rehabilitieren und endlich auch im Deutschen Bundestag und in der bundesdeutschen Öffentlichkeit für das zu würdigen, wofür sie sich einsetzten und viele auch ihr Leben gaben: gegen Faschismus und für eine Welt sozialer Gerechtigkeit, für Demokratie und Freiheit.



KALENDERBLÄTTER JUNI

1777

Seifensieder-Meister ohne Wanderung

In der Kabinettsordre Friedrich II. vom 19. Juni heißt es: „Seine Königl. Majestät etc. haben auf die hiebekommende Vorstellung des Bürger und Seifensieder Schultze hieselbst Allerhöchst zu resolviren geruhet, dessen Sohn, der auch die Seifensieder-Profession erlernt hat, der aber, besage anliegenden Attestes des Regiments-Feldscheer Köhler, sehr ungesund ist, von den sonst gewöhnlichen Wander-Jahren zu dispensiren: Und befehlen demnach Dero Magistrat zu Potsdam hiedurch in Gnaden, denselben gebetenermaßen von dem hiesigen Seifensieder-Gewerke zum Meister aufnehmen zu lassen.“

1837

Horvath – Potsdams berühmter Buchhändler

Am 18. Juni stirbt Carl Christian Horvath, erster Stadtverordnetenvorsteher und Buchhändler. Horvath, am 06. Februar 1752 in Wittenberg geboren, erlernte nach dem Besuch der Stadtschule den Beruf eines Buchhändlers. Er zog nach seiner Heirat 1778 nach Potsdam und übernahm dort einen wenig florierenden Verlag seines Schwiegervaters und schuf daraus die Horvathsche Buch-, Kunst- und Musikalien-sammlung mit Leihbibliothek.

1932

Sonnenwendfeier in den Sandkuten, Babelsberg

Kommunisten und Sozialdemokraten begehen am 21. Juni gemeinsam in den Sandkuten Babelsberg die Sonnenwendfeier. Es spricht der Sozialdemokrat Hermann Maaß.

1947

Mit Härte gegen Schwarzhändler

Der Chef der Potsdamer Polizei teilt am 6. Juni in der „Märkischen Volksstimme“ mit: „In letzter Zeit wurde beobachtet, dass ungeachtet aller in der Tagespresse und im Rundfunk gebrachten Appelle an die Vernunft eines jeden einzelnen der Schwarze Markt in der Hegelallee und am Königsweg einen immer größeren Umfang angenommen hat. [...] Die Polizei Potsdams wird von jetzt ab mit unnachgiebiger Härte gegen diese Unbelehrbaren und Unverbesserlichen vorgehen. Alle Personen, die bei den Polizeiaktionen auf den bekannten Plätzen des Schwarzen Marktes angetroffen werden, haben ohne Ausnahme, zunächst mit einer 24stündigen Haft zu rechnen, um dann dem Schnellrichter zugeführt zu werden. [...] -rt

1952

Pionierhaus und Sanssouci

Der erste Bauabschnitt des „Hauses der Pioniere“ wird aus Anlass des „Internationalen Kindertage-

ges“ am 1. Juni übergeben. Es ist das erste neu gebaute Pionierhaus in der DDR.

Am 8 Juni werden die Eintrittspreise für den Park Sanssouci aufgehoben. Ernst Rädisch, Hans-Sachs-Straße 43, erklärt: „Kinders, der Eintritt zum Park Sanssouci ist frei! Herrlich, einfach herrlich. Man kann es noch gar nicht fassen. Liebe Parkverwaltung! Wir danken dir, dass du doch ein Einsehen gehabt hast, und uns Potsdamer den lang gehegten Wunsch zu erfüllen, ‚unseren Park‘ ohne Geldausgaben betreten zu können.“ (MV, 08. 06. 1952)

1957

Blindenverband gegründet

Der Ortsverband Potsdam des Allgemeinen Deutschen Blindenverbandes wird am 29. Juni gebildet. Er umfasst 198 Mitglieder (= 75% der Blinden). Manfred Bremer wird Vorsitzender.

1962

Ruderregatta und Arbeiterfestspiele

An der 11. Großen Ruderregatta in Potsdam am 2. und 3. Juni beteiligen sich 31 Sportgemeinschaften mit 742 Teilnehmern in 255 Booten. Potsdamer Sieger des SC Dynamo Potsdam: Seniorenzweier mit Steuermann und Juniorenzweier mit Steuermann.

Vom 9. bis 11. Juni finden im Bezirk Erfurt die 4. Arbeiterfestspiele statt. Das Melodiaquintett aus Potsdam erhält das höchste Prädikat „sehr gut“. Der Chor der Pädagogischen Hochschule Potsdam wird mit der Medaille „Für ausgezeichnete Leistungen“ geehrt.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Kati Biesecke, Stefan Wollenberg,** Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: medien punkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein,** Layout; **Renate Frenz,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Prädikat unglaublich

Kommentar zur SPD-Forderung nach Stärkung der Kinderrechte

1989 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig das Übereinkommen über die Rechte des Kindes. Etwa so lange wird in Deutschland dafür gestritten, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Zuletzt kritisierte der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes das Fehlen der Kinderrechte in der deutschen Verfassung. Nun haben sich Hannelore Kraft, ehem. Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens, und die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (beide SPD) in einem Zeitungsartikel ebenfalls für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ausgesprochen. Was davon zu halten ist, kommentiert NORBERT MÜLLER:

Die Forderung von Manuela Schwesig und Hannelore Kraft die Kinderrechte 25 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention durch die Bundesrepublik Deutschland endlich auch ins Grundgesetz aufzunehmen ist richtig und wichtig. Kinder sind nämlich keine kleinen Erwachsenen. Sie haben besondere Bedürfnisse und Interessenlagen, aus denen sich kinderspezifische Rechte ableiten. Diese werden aber im Gesetzgebungsprozess kaum bis gar nicht berücksichtigt. Wenn Kinder-

rechte im Grundgesetz festgeschrieben würden, dann müsste dem Kindeswohl deutlich konsequenter als bisher bei Gesetzgebung oder auch Gerichtsentscheidungen Vorrang eingeräumt werden.

Dass dem bisher nicht so ist, lässt sich beispielsweise bei Hartz IV beobachten. Kinder bleiben hier in Abhängigkeit von ihren Eltern unter ihrem verfassungsrechtlich verbrieften Bedarf. Statt einer konsequenten Sicherung ihres soziokulturellen Existenzminimums werden die Kinderregelsätze künstlich heruntergerechnet und bei der Verhängung von Sanktionen gegen die Eltern spielen die Auswirkungen auf die Kinder auch kaum eine Rolle. Ähnliches lässt sich auch im Umgang mit Flüchtlingskindern beobachten. Diesen wird zum Beispiel teilweise das Recht auf Bildung verwehrt, und bei der Prüfung des Asylanspruchs werden kinderspezifische Fluchtgründe so gut wie nie berücksichtigt.

Im Bundestag setzt sich die Fraktion DIE LINKE daher seit langem für die Festschreibung der Kinderrechte im Grundgesetz ein. Auch die Kinderkommission des Deutschen Bundestages folgt dieser Position mittlerweile. Und so wäre es auch begrüßenswert, wenn sich die SPD konsequent für diese Forderung im Sinne des Kindes-



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

wohls einsetzen würde. Schließlich könnte so der Druck auf die Union wachsen, einer entsprechenden Verfassungsänderung zuzustimmen. Die Stichwörter sind hier aber wie so oft bei der SPD „wenn“ und „würde“. Denn der Vorstoß Krafts und Schwesigs war noch nicht einmal 48 Stunden alt, da enttarnten ihre Parteifreund_innen schon, worum es sich hierbei tatsächlich handelt – nämlich um ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver. Während sich Kraft und Schwesig noch für ihren Vorschlag feiern ließen, stimmten die sozialdemokratischen Mitglieder des Familienausschusses des Bundestages gegen einen Antrag der Linksfraktion. Kernanliegen des Antrages: die Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz.

Die SPD zeigte damit einmal mehr, dass sie nach wie vor eines ist: UNGLAUBWÜRDIG!

Die Arbeit mit den Menschen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden!

In Deutschland herrscht Pflegenotstand und die Bundesregierung schaut weg: In den Krankenhäusern fehlen derzeit 100 000 Pflegekräfte. Der Personalmangel gefährdet die Gesundheit der Patientinnen und Patienten wie der Pflegekräfte. In der Altenpflege sieht es nicht besser aus. Es fehlt die Zeit zum Zuhören und für Zuwendung. Viele Beschäftigte machen die Überlastung krank. Niedriglöhne und Teilzeitverträge führen trotz harter Arbeit in die Altersarmut. Auch Zuhause pflegen noch immer vor allem Frauen: Ehe- und Lebenspartnerinnen, Töchter und Schwiegertöchter. Die Pflegeversicherung deckt die Kosten nicht. Im Alltag kämpfen pflegende Familienangehörige häufig mit Dauerstress, Erschöpfung und Geldsorgen.

Die Politik der Bundesregierung, die auf Privatisierung, Wettbewerbsdruck und Profite für Krankenhauskonzerne und Pflegeunternehmen setzt, ist mit menschenwürdiger Pflege nicht vereinbar. Daher unterstützen wir als LINKE nicht nur am Internationalen Tag der Pflege die Protestaktionen von Initiativen und Gewerkschaften.

Wir stehen an der Seite der Beschäftigten in den Krankenhäusern, die mit Aktionen



und Streiks Druck machen für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen. Es braucht einen grundlegenden Wandel: gute Pflege für alle Menschen, höhere Löhne in der Pflege, Entlastung für Pflegekräfte und pflegende Angehörige.

Keine Pflegefachkraft darf unter 3.000

Euro (brutto, Vollzeit) verdienen! Daher wollen wir Tarifverträge stärken, prekäre Teilzeit, Minijobs und Befristungen abschaffen. Der Pflegemindestlohn muss ausnahmslos auf 14,50 Euro erhöht werden. Das muss drin sein in unserem reichen Land!

Widerspruchsrecht gegen die Weitergabe von Daten

Die Landeshauptstadt Potsdam macht alle Potsdamerinnen und Potsdamer auf ihr Widerspruchsrecht bezüglich der Weitergabe von Meldedaten aufmerksam. Die Meldebehörde kann entsprechend § 33 Abs. 1 des Meldegesetzes in bestimmten Fällen Auskunft aus dem Melderegister erteilen. Beispielsweise bei Anfragen von Parteien, politische Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und andere Träger von Wahlvorschlägen im Zusammenhang mit Wahlen zum Zwecke der Wahlwerbung (zeitlich begrenzt). Aber auch im Zusammenhang mit Volksbegehren und Volksentscheiden an die Initiatoren (zeitlich begrenzt), im Zusammenhang mit Bürgerentscheiden an die Initiatoren (zeitlich begrenzt), an eine öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaft, der nicht Sie, sondern Ihre Familienangehörigen angehören, über Alters- und Ehejubiläen an zuständige Stellen der Gemeinde zum Zwecke der Veröffentlichung sowie an Adressbuchverlage erfolgen. Die Auskunft beinhaltet im wesentlichen Namen, Vornamen und Anschriften von Einwohnern ab dem 18. Lebensjahr.

Das Meldegesetz beinhaltet auch, dass jeder Bürger das Recht hat, dieser Weitergabe seiner Daten zu widersprechen. Bei der Neuanmeldung in Potsdam liegt neben den Erläuterungen des Anmeldeformulars ein zusätzliches Blatt im Bürgerservicecenter vor, mit dem allen besonderen Melderegisterauskünften widersprochen werden kann. Diese Widersprüche (Kombinationen sind möglich) stellen eine Übermittlungssperre dar und gelten unbefristet bis auf Widerruf.

Bereits eingelegte Widersprüche sind weiterhin gültig. Der Widerspruch kann bei der Meldebehörde schriftlich oder zur Niederschrift eingelegt werden. Ein entsprechendes Formular „Übermittlungssperre – Antrag“ kann aus dem Internet unter vv.potsdam.de heruntergeladen werden.

Ausgefüllt und unterschrieben kann es dann an die Landeshauptstadt Potsdam, Fachbereich Ordnung und Sicherheit, Bürgerservicecenter, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam geschickt werden.

Abschied und Willkommen



Es ist inzwischen weithin bekannt: Sascha Krämer wird mit seiner Familie für 18 Monate in Südafrika leben. Damit muss er, schweren Herzens, wie er selber sagt, auch sein Mandat als Stadtverordneter abgeben. Lieber Sascha, wir sagen ganz herzlichen Dank für all das, was Du mit und für uns in den vergangenen drei Jahren geleistet hast. Als „Hans Dampf in allen Gassen“, was positiv gemeint ist, hast Du die Fraktion sehr oft und wirkungsvoll in der Öffentlichkeit vertreten. Wir wünschen



Dir und Deiner Familie alles erdenklich Gute für den neuen Lebensabschnitt und freuen uns, wenn Du wieder da bist. Die Nachfolge von Sascha Krämer wird Solveig Sudhoff antreten. Sie war bereits Stadtverordnete, springt also nicht in das ganz so kalte Wasser. Wir heißen Solveig Sudhoff in der Fraktion herzlich Willkommen.

Planetengarten am Treffpunkt Freizeit fertig stellen

Wer den Treffpunkt Freizeit besucht, sieht ein wunderbares Kunstwerk, das Kinder gemeinsam mit der Künstlerin Anette Messig geschaffen haben. Es stellt unser Planetensystem dar, das 2015 aufgestellt wurde und neun Planeten zeigt. Es hat eine außergewöhnliche Farbigkeit, schimmert im Licht und viele bleiben stehen und staunen. Das Problem ist, es konnte noch nicht fertiggestellt werden, die Umlaufbahnen, Orbits und Beschriftungen fehlen. Der Grund ist, dass Geld fehlt. Daher hat die Fraktion DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragt, Möglichkeiten zu erkunden, auf welche Weise das Projekt „Planetengarten“ vor dem Treffpunkt Freizeit sowohl als Bildungs- und Lehrmittel als auch als Kunstwerk vollendet werden kann. Sonne und Planeten werden nach Fertigstellung der Anlage in einem Wegesystem, die Planetenbahnen symbolisierend, angeordnet sein (Durchmesser ca. 20 m²). Nunmehr geht es darum, dass das detaillierte Beschilderungs- und das Beleuchtungssystem die Anlage vervollständigen sollten, um die angestrebten Bil-



dungseffekte zu erzielen. Wir möchten, dass die am Kunstprojekt beteiligten Kinder auch sehen, dass ihre Arbeit vollendet wird. Zugleich möchten wir, dass das beeindruckende Kunstwerk vor dem Treffpunkt Freizeit für alle komplett zu betrachten und

zu genießen ist. Wir hoffen auf Zuspruch aus andern Fraktionen.

Dr. Karin Schröter, Vorsitzende des Kulturausschusses

Post und Postbank im Stern-Center

Hinweise von Bürgern aufgreifend, hat DIE LINKE im März 2017 mit einem Antrag den Oberbürgermeister aufgefordert, mit der Deutschen Post, der Deutschen Bank und dem Center-Management Gespräche mit dem Ziel zu führen, die Postfiliale und das Postbankcenter an diesem Standort zu erhalten. Wir konnten die Begründung der Deutschen Bank, zu der die Postbank gehört, für die beabsichtigte Schließung zum 30.06.2017, die Filiale sei nicht wirtschaftlich, nicht nachvollziehen. Schließlich sprachen die ewig langen Warteschlangen vor den

Schaltern eine deutlich andere Sprache. Die Deutsche Post hatte sich in die Räumlichkeiten der Deutschen Postbank eingemietet. Im Mai hat der Oberbürgermeister über das zunächst vorläufige Ergebnis der Gespräche informiert: Es gibt Verhandlungen mit einem neuen Betreiber einer Partner-Filiale der Deutschen Post im Stern-Center, die allerdings noch nicht abgeschlossen sind. Es ist beabsichtigt, in den Räumen der jetzigen Postbank Dienstleistungen der Deutschen Post an zwei Schaltern anzubieten. Die Postbank wird definitiv

schließen, prüft derzeit aber, ob Selbstbedienungsgeräte für Postbankkunden in unmittelbarer Nähe aufgestellt werden können. Sicher wäre es im Interesse einer (wohn)ortnahen Versorgung wünschenswert, beide Leistungen im Stern-Center zu belassen. Weil aber die Schließung der Postbank definitiv ist, muss wenigstens das Service-Angebot der Deutschen Post gewährleistet sein. Wir werden über die endgültig gefundene Lösung berichten.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Biosphäre- Erhalt oder Abriss?

Die Biosphäre im Volkspark ist im Zusammenhang mit der Bundesgartenschau 2001 entstanden. Die damalige Entscheidung für eine Ausstellungshalle als Festbau war mit der Absicht verbunden, mit guter moderner Architektur Dauerhaftes zu schaffen. Deshalb war dieser Bau von vornherein Teil des Nachnutzungskonzepts. Nach dem Scheitern der Betreibung der Halle durch den Großkinobetreiber Flebbe musste die Stadt dafür Sorge tragen, dass die Biosphäre wegen der hier investierten umfangreichen Fördermittel mindestens fünfzehn Jahre weiter betrieben wird. Diese Aufgabe hat die Pro Potsdam mit einer Tochtergesellschaft übernommen. Mehrere Versuche zu einer Ausschreibung und Vergabe an einen Dritten sind gescheitert. Jetzt sind die 15 Jahre um und die Stadt kann frei entschei-

den, wie sie mit der Biosphäre umgehen will. Die Linksfraktion hat sich mit einem Antrag vom Februar 2016 eindeutig für den Erhalt der Biosphäre als dauerhafte touristische und bildungspolitische Einrichtung ausgesprochen. Nachdem verschiedene Varianten geprüft worden sind, legte der Oberbürgermeister jetzt als günstigste den Vorschlag vor, die Biosphäre dauerhaft als Tropenhalle in modifizierter Form zu betreiben. Dafür stellt die Stadt einen jährlichen Zuschuss von 1,9 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Sanierung der Außenhülle sind Fördermittel des Landes in Aussicht gestellt. Die Linksfraktion unterstützt den Vorschlag von Herrn Jakobs, der im Grundsatz den Antrag der Linken vom Februar vergangenen Jahres aufgreift. Wir

halten es für möglich, die Biosphäre als Tropenhalle zu erhalten und mit Angeboten für den Stadtteil zu ergänzen, ob nun im oder am Gebäude. Zudem soll geprüft werden, ob die Halle durch kommerzielle Angebote, zum Beispiel einen Pflanzenmarkt, attraktiver und wirtschaftlicher gemacht werden kann. Es ist unverständlich, wieso jetzt ausgerechnet die Fraktion der Bündnisgrünen den Abriss des Gebäudes und einen Neubau an dieser Stelle vorschlägt. Die Vorlage des Oberbürgermeisters und die damit im Zusammenhang stehenden Fraktionsanträge werden jetzt in den Ausschüssen diskutiert und sollen voraussichtlich im Juli von der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Afghanistan ist kein „sicheres Land!“

Zu der Sammelabschiebung des Bundes nach Afghanistan, bei der auch ein Brandenburger Afghane abgeschoben wurde, erklärt Anja Mayer, Landesgeschäftsführerin DIE LINKE Brandenburg: „Es handelt sich hierbei um eine Entscheidung der lokalen Ausländerbehörde. DIE LINKE hat zu jeder Zeit deutlich gemacht, dass wir Afghanistan für nicht sicher halten und Abschiebungen dorthin verurteilen. Der Landtag hat sich klar gegen Abschiebungen nach Afghanistan positioniert und entsprechende Beschlüsse gefasst. Und trotzdem schiebt das CDU-geführte Brandenburg/Havel einen gut integrierten Afghanen direkt von seinem Arbeitsplatz unter Berufung auf Bundesgesetzgebung ab. Wir können also festhalten:

der Wahlkampf hat begonnen - und das auf dem Rücken von Menschen und deren Sicherheit!

Wir erwarten, dass sich die Landkreise an den Beschluss des Landtags halten und der Innenminister dies entsprechend umsetzt. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung erneut auf, die Sicherheitslage in Afghanistan unter Einbezug dort arbeitender NGO's neu einzuschätzen.“

„Es bleibt dabei: Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete!“, erklärte die flüchtlingspolitische Sprecherin Andrea Johlige. „Als LINKE haben wir immer klar ge-

macht: Afghanistan ist kein sicheres Land! Es darf keine Abschiebungen in ein Kriegsgebiet geben.

Die Abschiebung eines jungen Mannes durch die Ausländerbehörde Brandenburg an der Havel macht deutlich, dass es dringend einen bundesweiten Abschiebestopp braucht. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre menschenverachtende Politik der Sammelabschiebungen nach Afghanistan aufzugeben. Und wir fordern die Ausländerbehörden in Brandenburg auf, sich nicht an diesen Sammeltransporten zu beteiligen.

Der Brandenburger Landtag hat bei seiner Sitzung Anfang März die Bundesregierung aufgefordert, ihre Einschätzung der Sicher-

heitslage in Afghanistan, unter Einbeziehung der Erkenntnisse von Hilfsorganisationen vor Ort, zu revidieren. Diese Neubewertung durch den Bund würde Abschiebungen nach Afghanistan dauerhaft verhindern.

Der Brandenburger Landtag hat die Landesregierung mit diesem Beschluss auch aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörden alle aufenthaltsrechtlichen Spielräume ausnutzen, um Geflüchteten aus Afghanistan ein Bleiberecht zu gewähren. Wir fordern den Innenminister auf, diesen Beschluss weiter umzusetzen. Das Nutzen dieser Spielräume kann zumindest einige Geflüchtete bspw. bei guter Integration vor einer Abschiebung bewahren.“



Bundesregierung akzeptiert Kriegsaktivitäten von deutschem Boden aus

Ende November 2016 berichtete ein Staatsminister des Auswärtigen Amtes im Bundestag, die US-Botschaft habe im August 2016 mitgeteilt, dass „die globalen Kommunikationswege der USA zur Unterstützung unbemannter Luftfahrzeuge“ auch Fernmeldepräsenzpunkte in Deutschland wie z.B. in Ramstein einschlossen. Darüber hinaus unterstütze „Ramstein eine Reihe weiterer Aufgaben“ wie die Planung, Überwachung, und Auswertung von zugewiesenen Luftoperationen. Somit kennt jetzt auch die Bundesregierung offiziell den vollen Umfang des auf der amerikanischen Militärbasis Ramstein vorhandenen Vernichtungspotentials – und tut immer noch nichts. Währenddessen wird auf deutschem Boden massiv aufgerüstet:

1. Die Relaisstation in Ramstein zur Luftaufklärung und Drohnensteuerung für über 104 Länder in Europa, Asien, dem Nahen Osten sowie Russland wird ausgebaut.
2. Im Jahr 2015 wurde die Modernisierung von Atomwaffen beschlossen.
3. Es wurde ein in Atomkriegsführung ausgebildeter Kommandeur eingesetzt.

4. Tausende Kampffahrzeuge aus dem Wüstenkrieg wurden auf osteuropäische Waldtarnfarbe umlackiert.

5. Ende 2016 fand die größte Waffenlieferung konventioneller Munition seit 20 Jahren statt.

Trotz des Wissens der Bundesregierung passiert bisher nichts. Die Bundesregierung wäre jedoch verpflichtet, die Einhaltung des Völkerrechts zu prüfen und alle bekannten Morde durch amerikanische Drohnen zu untersuchen. Zudem hat Deutschland bereits seit 1952 das Recht, die Stationierung von Soldaten und die Bereitstellung von Grundstücken für Kasernen mit einer zweijährigen Frist zu kündigen. Das häufig von Willy Brandt zitierte „Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen“ ist anscheinend von gestern!

Leitmedien verharmlosten US-Militärtransporte nach Osteuropa

Seit der ersten Januarwoche 2017 berichteten NDR, ARD, RTL, ZDF, N24 und einige

mehr, dass insgesamt 4.000 US-Soldaten und 87 Panzer durch den Hafen der deutschen Stadt Bremerhaven transportiert worden seien. Diese werden im Rahmen der Operation „Atlantic Resolve“ in NATO-Mitgliedstaaten in Ost- und Mitteleuropa verlegt.

„Atlantic Resolve“ ist eine 2014 begonnene, von den USA durchgeführte Operation zur Unterstützung und Verstärkung der NATO-Alliierten in Europa – mit dem Ziel der Abschreckung Russlands. Laut dem offiziellen Papier der US-Army zu den Truppenverlegungen nach Europa handle es sich jedoch nicht nur um 87 Panzer, sondern um 668 gepanzerte und bewaffnete Fahrzeuge, 446 Kettenfahrzeuge, 907 gepanzerte Fahrzeuge auf Rädern und 650 Anhänger, also insgesamt 2.671 Militärfahrzeuge. Damit stelle dies eine Fortsetzung der größten Kriegsgütertransporte in Europa seit Ende des Kalten Krieges dar.

Warum wird dieser immense Transport von US-Kriegsgütern durch Deutschland von den deutschen Leitmedien derart heruntergespielt und damit ein verfälschtes Gesamtbild erzeugt?

Medienvielfalt oder Staatspropaganda

Die deutsche Presselandschaft ist seit November 2014 um eine Farbe reicher. Der russische Sender „Russia Today“ produziert seither täglich unter der Kennung „RT deutsch“ über Youtube im Netz. „Russia Today“ ist angetreten, um den Usern Tages- und Weltpolitik aus der russischen Perspektive näherzubringen. „RT deutsch“ musste sich von Anfang an verspotten und beschimpfen lassen. Ein jüngstes Beispiel: Der Sprecher des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) Hendrik Zörner schrieb Ende Februar 2017 in seinem DJV Blog in sachlich-professioneller Wortwahl, der „Kreml-Propagandakanal“ und „Putins Propagandaschleuder“ „RT deutsch“ habe den „Fall Lisa“ in die Welt gesetzt. Doch diese Behauptung war schlicht eine Lüge, für die sich der DJV Anfang März – übrigens nach vielen Mitgliederprotesten – entschuldigen musste.

Grund genug für die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. April den Chefredakteur von „RT deutsch“, Ivan Rodionov, in die Potsdamer Dortustraße einzuladen. „RT als politische Stimme Russlands – Beitrag zur Medienvielfalt oder russische Staatspropaganda?“, so lautete der Titel der Diskussions-Veranstaltung.

Der erste Eindruck: Die Teilnehmer erlebten in Ivan Rodionov einen sehr erfahrenen (auch selbstkritischen) Journalisten und Chefredakteur, der jahrelange Erfahrung als Reporter aufweisen kann. Nach eigener Schätzung hat er bis dato weit mehr als die Hälfte aller Staaten auf diesem Globus als Berichterstatter bereist. Und das nicht nur in „Putins Auftrag“...

Und zweitens die Erkenntnis: Es ist schlicht lächerlich, Russland unangemessene Propaganda zu unterstellen; in einem Land, Deutschland, in dem seit mindestens Sotschi 2014 Russland und dessen Repräsentant Putin systematisch verunglimpft und schlecht geredet wird. Man ist versucht, in diesem Zusammenhang von versuchter Volksverhetzung (Aufhetzung Deutscher gegen Russland) zu sprechen. Und wenn man daran denkt, dass man hierzulande für so eine Äußerung als Putinist, etc. bezeichnet bzw. beleidigt wird, stellt man fest, dass das intellektuelle oder moralische Niveau vieler westlicher „Qualitätsmedien“ oft nur noch unter aller „Gürtellinie“ ist. Und drittens ist man/frau gut beraten, sich zur ausgewogeneren Meinungsbildung auch solche Informationsquellen wie „RT deutsch“ zu erschließen. Das eigene Denken kann das natürlich nicht ersetzen. -bm

Superhelden im Alltag

Alleinerziehende sind wahre Superhelden. Aber Anerkennung, Unterstützung und Honorierung fehlen. In Deutschland gibt es über 1,6 Millionen Alleinerziehende – 1,5 Millionen alleinerziehende Mütter und 157.000 alleinerziehende Väter. Das ist jede 5. Familie. Und diese sind besonders oft von Armut betroffen. In Potsdam sind im Jahr 2016 allein 1.593 Alleinerziehende mit SGB II-Bezug statistisch erfasst. Insgesamt leben über 6.500 alleinerziehende Mütter und Väter in der Landeshauptstadt. Mit ihrer Aktionswoche hat der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. für diese Thematik sensibilisiert.

Der Auftakt wurde mit einem Bildungstag am 13. Mai 2017 im Treffpunkt Freizeit durch die AWO-Ehrenamtsagentur (EAG) gemacht. Über 60 Teilnehmer diskutierten und formulierten erste Forderungen in 3 Workshops. In Ihrer Rede verwies die Ministerin, Diana Golze, darauf, dass 42 Prozent der Alleinerziehenden in der Armutsfalle stecken, also weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Ihr Armutsrisiko ist bis zu viermal höher als bei Paarfamilien. Überdurchschnittlich oft sind sie Empfänger von Hartz IV-Leistungen. Überdurchschnittlich oft gehören sie auch zu jenen, die selbst innerhalb von zwei oder mehr Jahren keine Arbeit finden. „Das ist ein Umstand, den wir nicht hinnehmen können und dürfen!“, so die Ministerin. „Um aktiv zu unterstützen, gibt es vielfältige Instrumente und Maßnahmen. Aber: Nicht allein staatliche Transferleistungen, sondern ein auskömmliches Einkommen durch Erwerbsarbeit ist für mich der Schlüssel zu einer wirkungsvollen Unterstützung von Alleinerziehenden.“ Die Ministerin meint gute Arbeit im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Arbeit, deren Entlohnung nun endlich durch den gesetzlichen Mindestlohn nach unten abgesichert ist. Eine Arbeit, deren Bezahlung aber zukünftig auch gleich sein muss zwischen Frauen und Männern! Eine Arbeit, die mehr ist als unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung, um auf Unternehmensseite Kosten zu sparen. Den Weg dahin zu ebnen, ist auch Aufgabe der Politik.

Jana Schulze

Treue Mieter fühlen sich wohl in Drewitz

Interview: Jörn-Michael Westphal (Foto), Geschäftsführer Pro Potsdam GmbH

Wie schätzen Sie die Zufriedenheit Ihrer Mieter/innen mit den Ergebnissen der Sanierungsarbeiten ein?

Wir erhalten positive Resonanz von den Mietern und Mieterinnen. Die Wohnqualität hat sich spürbar verbessert und das zu einem günstigen Preis-Leistungs-Verhältnis. Nehmen wir mal unseren Pilotblock: Hier wohnen zu 90% Menschen, die schon vor der Modernisierung in dem Block bzw. in der Nachbarschaft gewohnt haben. Eine solche Treue erleben wir bei anderen Baustellen nicht. Das sind deutlich mehr Mieter als bei anderen Sanierungsmaßnahmen.



Gibt es auch kritische Hinweise, deren sich die Pro Potsdam annehmen will?

Zu unseren Mietern in Drewitz haben wir traditionell ein sehr enges Verhältnis. Und natürlich nehmen wir jeden Hinweis auf und befassen uns damit. Übrigens nicht nur nach der Sanierung, sondern schon davor. Das heißt aber nicht, dass wir tatsächlich auf alle Wünsche eingehen können.

Wie soll das neu geschaffene Grün erhalten werden und ein nachhaltiges Merkmal für Drewitz werden?

Die Pflege des Parks obliegt dem Grünflächenamt. Wir stehen im engen Austausch mit den Verantwortlichen, um über den Erhalt und die Pflege des Drewitzer Grüns zu sprechen. Die Wohnungsunternehmen

des Arbeitskreis StadtSpuren haben schon im Herbst vergangenen Jahres vorgeschlagen, in dieser Frage enger zusammen zu arbeiten.

Wann kommt das angekündigte Café im Konrad-Wolf-Park?

Das Café am Grünen Kreuz ist eine wichtige Ergänzung im Park. Jedoch liegt diese Frage im Verantwortungsbereich der Landeshauptstadt. Mit der Eröffnung des Cafés wird der Konrad-Wolf-Park auf jeden Fall noch mal eine neue Aufenthaltsqualität erhalten.



Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit mit der Bürgervertretung Drewitz?

Wir haben sehr gute Erfahrungen mit der Drewitzer Bürgervertretung gemacht, insbesondere bei der Erarbeitung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes und bei der Entwicklung des Freiraums. Wir schätzen das Engagement der Bürgervertreter sehr – auch wenn es zu einem Thema un-

terschiedliche Sichtweisen gibt.

Welche Möglichkeiten sehen Sie zur Verbesserung des Bürgerengagements in Drewitz?

Ob und wie sich die Drewitzer engagieren, kann jeder selbst entscheiden. Wir sind an stabilen und guten Nachbarschaften interessiert. Deshalb unterstützen wir im Rahmen unseres Sponsorings zum Beispiel die Grundschule am Priesterweg oder das Begegnungszentrum oskar. Beide bieten Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements an. Wir denken gemeinsam auch

darüber nach, wie man die Bereitschaft der Drewitzer zum ehrenamtlichen Engagement auf die Pflege der Bäume, Grünanlagen und Spielplätze lenken kann.

Es ist ein Gesetzentwurf zur Photovoltaik und der Nutzung als Mieterstrom auf dem Weg, mit dessen Hilfe eine Beteiligung der Mieter an der Energiewende ermöglicht werden soll. Sehen Sie die Möglichkeit für die Pro Potsdam, dies auch in der Gartenstadt Drewitz umzusetzen?

Wir prüfen das Thema Mieterstrom für Drewitz im Rahmen des Sanierungsmanagements gemeinsam mit der Landeshauptstadt Potsdam und mit der Energie und Wasser Potsdam GmbH. Bei der Einrichtung eines Mieterstromangebots sind mehrere Dinge zu beachten, wie zum Beispiel bauliche Fragestellungen: Wie viel Fläche steht auf dem Dach des Wohngebäudes für die Errichtung von Photovoltaikmodulen zur Verfügung, welche Ausrichtung hat das Dach, wie stark ist das Dach belastbar. Ebenfalls ist aber in der Kalkulation zu berücksichtigen, wie viele Menschen in dem Gebäude wohnen und somit Stromabnehmer für den auf dem Dach erzeugten Strom sind. Wir hoffen, mit dem neuen Gesetz einen Weg zu finden, der sehr schnell ermöglicht, unseren Mietern den auf ihrem Dach erzeugten Strom anzubieten.



Mit frischem Wind und Doppelspitze für Potsdam

DIE LINKE.Potsdam wählte neuen Kreisvorstand/Engagement für eine lebenswerte Stadt

In der Gesamtmitgliederversammlung am 20. Mai haben die Mitglieder der Partei DIE LINKE. Kati Biesecke und Stefan Wollenberg zur Doppelspitze gewählt.

Sie wollen mit der LINKEN auch künftig eine aktiv gestaltende Rolle in Potsdam übernehmen. Das heißt für uns, vor allem dafür zu sorgen, dass auch in Zukunft alle Potsdamerinnen und Potsdamer, unabhängig von ihrem Geldbeutel gleiche Chancen haben, von der positiven Entwicklung der Stadt zu profitieren. Bezahlbares Wohnen in allen Teilen der Stadt, der weitere Ausbau der sozialen Infrastruktur, vor allem von Kitas und Schulen - insbesondere auch in den Ortsteilen, werden die zentralen Themen der nächsten Jahre sein. Die Potsdamer LINKE wird in diesen Prozessen konsequent Anwalt der Interessen von Familien, Kindern und Jugendlichen sein. Wichtige Partner sind uns dabei jene, die als freie Träger einen Großteil der sozialen Arbeit in der Stadt übernehmen. Ihr Engagement braucht Wertschätzung und Förderung.

Als LINKE sehen wir in den Gewerkschaften natürliche Bündnispartner. In Potsdam liegen uns besonders die Arbeitsbedingungen in den städtischen Betrieben am Herzen. So haben wir in den letzten Jahren beispielsweise beim ViP und im städtischen Klinikum Arbeitskämpfe solidarisch begleitet und werden auch künftig an der Seite der abhängig Beschäftigten stehen.

Bürgerbeteiligung darf für Potsdam nicht nur ein Aushängeschild sein, sondern sollte ernst genommen werden - mit einem Bürgerhaushalt, der echte Entscheidungsspielräume schafft, z.B. über Stadtteilbudgets, mit regelhaften Bürgerbefragungen, deren Ergebnisse dann auch umgesetzt werden, mit einer Beteiligungskultur, die Menschen gezielt aktiviert.



Die Mitglieder im Kreisvorstand: Kati Biesecke und Stefan Wollenberg, Vorsitzende(r); Tina Lange und Christian Wienert, stellv. Kreisvorsitzende(r); Roland Gehrman, Kreisgeschäftsführer; Petra Pannicke, Kreisschatzmeisterin; sowie die Mitglieder im Kreisvorstand Annett Bauer, Marlen Block, Christine Kozlowski, Frank Groß, Klaus-Uwe Gunold und Oliver Treffer. Fotos red/bm

Die Frage „Wem gehört die Stadt?“ muss aus unserer Sicht ganz klar die Antwort haben: allen Potsdamerinnen und Potsdamern - und nicht nur jenen, die sich historische Fassaden, Kirchengrundstücke oder ganze Stadtgrundrisse kaufen können. Insbesondere die Entwicklung der Stadtmitte muss endlich wieder die Bedürfnisse einer modernen und lebendigen Stadt des 21. Jahrhunderts in den Blick nehmen statt des Kampfes um immer mehr historische Kulissen.



Noch immer topfit dabei: Brunhilde Hanke (r.), die frühere Oberbürgermeisterin unserer Stadt.



Norbert Müller (MdB) hatte als „Abschiedsgeschenk“ für Sascha Krämer im Antiquariat eine Broschüre aus dem Jahre 1985 über Potsdam „ausgebuddelt“: „Damit du uns nicht vergisst im fernen Süden und dich zurecht findest, wenn du wieder kommst!“



Persönliche Befindlichkeiten und Konflikte müssten angesichts der anstehenden Bundestagswahlen zurückgestellt werden, forderte der Stellvertretende Landesvorsitzende Sebastian Walter in seinen Grußworten.

9. Juni 2017, 15–18 Uhr,
Bürgerhaus Sternzeichen, Galleistraße 37/39

12. KINDERFEST AM STERN



Basteln, Riesenrutsche, „Krokodil“ und jede Menge Spiel und Spaß mit Mutti und Vati
Crêpe-Fahrrad, Eis, Grillwurst und Getränke

Schreiben: Dr. Hans-Jürgen Schwanberg, 1847 Poststraße, DIE LINKE, 15230 Potsdam
DIE LINKE, Ostseestraße 9, 9. Stf., 15105 Berlin-Mitte, 10 Familien 9, 9. Stf.



KINDERFEST

Ponyreiten, Kinderschminken, Märchenlesen, Hüpfburg, Kinderzirkus, Boule, Babelsberg 03, Varietéshow, Umweltkiste, Eis, Kuchenbasar und Kaffee, Crêpe, Grill- und Getränkestand

Sonnabend 10.06.2017
14:00 - 18:00 Uhr Eintritt frei
Weberplatz Babelsberg

DIE LINKE.

www.DIELINKE-Potsdam.de

Faszinierender Blick

Bis zum 9. Juli zeigt das Potsdam-Museum die Sonderausstellung: „Faszinierender Blick. Potsdamer Veduten des 18. und 19. Jahrhunderts“, die zu den bedeutendsten Werken der Potsdamer Gemäldesammlung zählen. Bedeutende Künstler des 18. und 19. Jahrhunderts, die in Potsdam, in Berlin oder wie Karl Lindemann-Frommel in Rom tätig waren, werden mit ihren großen Potsdam-Panoramen vorgestellt.



Karl Lindemann-Frommel, Blick auf die Stadt Potsdam vom Brauhausberg, 1861, Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nationalgalerie © SMB, Foto: Holger Vonderlind

„Der Aufstand von Gwangju“

Eine Fotoausstellung zur Demokratiebewegung in Südkorea in der Gedenkstätte Lindenstraße 54. Es wird eine Auswahl der ehemals verbotenen Fotos des Aufstandes, die von Journalisten und Zivilisten unter Lebensgefahr aufgenommen wurden. Seit Juli 2011 gehören die Bilder zum UNESCO-Weltkulturerbe.



Gwangju im Mai 1980: Nach tagelangen Massendemonstrationen der Bevölkerung schlug das Militär die Proteste am 18. Mai gewaltsam nieder. In den folgenden zehn Tagen wurden zahllose Menschen verhaftet und getötet. Die Geschehnisse in Gwangju wurden vertuscht, bis sich die Militärdiktatur 1987 durch die Zuspitzung der Proteste dem Willen der Bevölkerung ergab.

Kopie als Kunst

Ausstellung mit Werken großer Künstler
Mit Kopien von Werken großer Künstler wie Monet, Degas, Renoir oder Hopper wurde im Lothar-Bisky-Haus am Freitag, dem 12. Mai, eine neue Ausstellung mit dem Titel „Kunst als Kopie – Kopie als Kunst“ eröffnet.

Walter Theil, freier Künstler aus Potsdam, hat sich auf das Kopieren von Meisterwerken spezialisiert. Er sagt selbst über seine Arbeit: „Eine gute Kopie herzustellen, erfordert nicht nur Verständnis für die malerische Absicht des Urhebers, technische Disziplin, Farbverständnis und Beherrschung des Werkzeugs, sondern ein genaues Auge und die gleiche Leidenschaft des ursprünglichen Schöpfers.“ So sieht man es den Malereien auch an. Unter anderem wird in der Ausstellung das Bild „Das Mädchen mit den Perlenohrringen“ des Malers Jan Vermeer zu sehen sein. Dauer der Ausstellung: Bis August 2017. Die Ausstellung ist während der Büroöffnungszeiten von 8 bis 16 Uhr von Montag bis Freitag zu besichtigen.



Walter Theil und Dr. Karin Schröter bei der Ausstellungseröffnung

		6	1	2		
	5	7		4	8	
1						7
8	1			4		3
	7				8	
9	6			1		5
5						9
	7	1		9	2	
		2	4	6		

SUDOKU

Auflösung Mai

4	2	6	1	7	9	8	3	5
1	8	7	2	3	5	9	6	4
3	9	5	6	8	4	1	2	7
9	3	8	5	2	1	4	7	6
2	7	1	3	4	6	5	8	9
5	6	4	8	9	7	2	1	3
7	5	3	4	1	2	6	9	8
8	4	2	9	6	3	7	5	1
6	1	9	7	5	8	3	4	2

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine •

Sonntag, 04.06.2017, 14.00 – 17.00 Uhr:
Pfungskonzert im königlichen Fliedergarten im Jagdschloss Stern. Nach dem großen Erfolg im Vorjahr erneut mit dem Trio Scho; Führungen durch das Jagdschloss in den Pausen; Kinderführung für Kinder bis 10 Jahre mit Marlis Jachalke; Kaffee und selbstgebackener Kuchen gegen Spende

Montag, 12.06.2017, 14.30 Uhr:
Eine Expedition mit dem Dipl.-Ing. Herrn Michael Glitschka „Mit der Unterwasserkamera rund um die Insel El Hierro“. Die Dahlweid-Stiftung lädt ein in das Restaurant Otto Hiemke, Karl-Gruhl-Str. 55, 14482 Babelsberg.

Sonnabend, 17.06.2017, 13.00 Uhr:
„Sommer im Kiez - das Stadteifest rund um die Erlöserkirche“ - unter diesem Motto lädt der Brandenburger Vorstadt e.V. nun zum 18. Mal bereits alle Anwohner ein. Marktstände von

lokalen Gewerbetreibenden, Schulen, Kitas, Gastronomen, Parteien, Vereinen und Initiativen sowie ein vielfältiges Bühnenprogramm zeigen wieder, was in diesem Stadtteil so alles möglich und vertreten ist.

Sonntag, 18.06.2017, 10.00 – 14.00 Uhr:
Sonntags-Familien-Brunch mit leckerem Büffet für Groß und Klein, Zeit zum Genießen, zum Entspannen, für Gespräche mit den Nachbarn für die Großen, Spielplätze für die Kinder am

Haus, Spiel- und Bastelecke für Alle. Anmeldung erwünscht: 0331 – 600 67 62. Bürgerhaus „Stern*Zeichen“.

Dienstag, 20.06.2017, 10.00 – 18.00 Uhr:
Tanztee im „Bürgerhaus „Stern*Zeichen“. DJ Kurt & DJ Uwe sorgen für Spaß und gute Stimmung bei Tee, Kaffee, Kuchen oder Wein.

Freitag, 23.06.2017, 18.00 Uhr:
Sommer-Kabarett „Von der Liebe, einem Freund und gar keinem Auto“ ...

Kabarett mit Duo PianLola. Berliner Schnauze trifft auf argentinische Tangomusik im Stern*Zeichen

Mittwoch, 28.06.2017, 16.00 Uhr:
Ausstellung „Nah und Fern“ im Bürgerhaus Sternzeichen. Aquarelle von Dr. Edith Gaida und Collagen von Marieta Gehlmann. Finissage am 23. Juli um 13.00 Uhr (mit Verkauf